№ 35. Sonnabend, den 11. Februar. 1888.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends für den folgenden Tag.
Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg., monatlich 50 Pfg., Einzel-Nrn. 5 Pfg.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Postboten und die Ausgabestellen des Tageblattes an.

Frankenberger Tageblatt und Bezirksanzeiger.

Inserate werden mit 8 Pfg. für die gespaltene Korpuszeile berechnet.
Kleinster Inseratenbetrag 20 Pfg.
Komplizierte und tabellarische Inserate nach besonderem Tarif.
Inseraten-Annahme für die jeweilige Abend-Nummer bis vormittags 10 Uhr.

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg.

Holzversteigerung
auf Lichtenwalder Forstrevier.

Im **Altenhainer Vorwerksholze**, Abth. 58, sollen künftigen

Montag, den 13. Februar d. J.,
von Vormittags 10 Uhr an

5 Raumenbikmeter eichene und birkene Scheite und
2520 Gebund dergl. Schlag- und Abraumreißig,

sodann am folgenden Tage, als

Dienstag, den 14. Februar d. J.,
ebenfalls **von Vormittags 10 Uhr an**

25 eichene Klötzer von 17 bis 42 cm Mittenstärke und 2 bis 4 m Länge,
8 birkene „ „ 20 „ 29 „ „ „ 4 „ „
1 Kirschbaum-Klotz „ 34 „ „ „ 3,6 „ „ und
10 Stück eichene Gartensäulen von 2 m Länge

unter Vorbehalt des Angebotes und gegen gleich baare Bezahlung, welche an jedem Tage nach beendeter Auction im **Gasthofe zu Altenhain** stattzufinden hat, an den Meistbietenden versteigert werden.

Lichtenwalde, am 7. Februar 1888.

Gräflich Vitzthum'sche Forstverwaltung.

Vom Reichstage.

Erster Gegenstand der Tagesordnung der 33. Sitzung vom 9. Februar war 2. Beratung des Anleihegesetzes für Zwecke des Reichsheeres. Frhr. v. Huene (Zentr.) konstatierte als Referent der Budgetkommission, daß die gewünschte Spezifizierung der Vorlage in der Kommission vom Kriegsminister gegeben und eingehend diskutiert worden sei. Die Kommission erklärte sich durch die empfangenen Mitteilungen für befriedigt und bat, die Vorlage unverändert anzunehmen. Die Vorlage wurde hierauf debattelos unverändert genehmigt. Es folgte 3. Beratung des Antrages auf Verlängerung der Legislaturperioden. Meyer-Jena (nat.-lib.) erklärte, Hänel habe der nationalliberalen Partei eine unbegründete Verfassungsänderung vorgeworfen, zu derselben Zeit vorgeworfen, wo Rickert eine weit einschneidendere Aenderung der Verfassung beantragt habe, die Bewilligung von Diäten an die Mitglieder dieses Hauses. Er glaube, damit werde der Vorwurf wohl hinfällig. Seine Partei habe wiederholt erklärt, daß sie zu einer Beseitigung des allgemeinen Wahlrechtes die Hand nicht bieten würde. Hänel meine, das Wahlrecht könne schon dadurch beschränkt werden, daß es von einer gewissen Aufenthaltszeit am Wahlorte abhängig gemacht werde. Auch das wollten die Nationalliberalen nicht, wohl aber habe es der Parteigenosse Hänels, Bamberger, gewünscht. (Heiterkeit.) Auch die Auflösung des Reichstags sei nicht so leicht angängig, wie Hänel meine, sie bedürfe der Zustimmung des Bundesrates und des Kaisers. Wenn auch in England die Parlamente selten eines natürlichen Todes sterben, worauf Hänel ferner hingewiesen habe, so hätten die meisten doch fünf Jahre gedauert. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit ihren kurzen Wahlperioden seien nicht maßgebend, denn es seien Republiken. Wenn Hänel sich auf Dr. Miquel zum Beweis dafür berufe, daß die häufigen Wahlen die Bekämpfung des Partikularismus erleichterten, so treffe das heute nicht mehr zu. Der Reichsgedanke lebe jetzt bei uns kräftig, unangefochten. Deshalb könne seine Partei diesen Antrag auch ruhig vor dem liberalen Gedanken verantworten. — Bamberger (freis.) bemerkte, die Antragsteller hätten die ganze Begründung des vorliegenden Antrages auf seine frühere Argumentation gestützt. Als er in früheren Jahren die Verlängerung der Wahlperioden forderte, sei der Reichstag noch ein starkes, kräftiges Parlament gewesen. Das habe sich sehr geändert, und die Folge dieser Aenderung sei seine heutige Stellungnahme gegen den Antrag. v. Bennigsen könne nicht bestreiten, daß wir in den letzten Jahren, was liberale Prinzipien anbetreffe, stark zurückgegangen seien. Regierungen, die solche Niederlagen erlitten, wie die unserige mit dem Tabaksmonopol ꝛc., würden in anderen Ländern schon längst verschwunden sein. Bei solchen Verhältnissen könne man nicht noch eine weitere Stärkung der Regierung zugeben, und die würde der Antrag doch zweifellos ergeben. Er habe vor vielen Jahren einmal gesagt, wenn die verbessernde Hand an die Verfassung gelegt werde, dann sollten auch die Legislaturperioden verlängert werden. Man könne ihn doch aber nicht für so verrückt halten, daß er jetzt den geeigneten Zustand für gekommen erachte, die Verfassung zu ändern. v. Bennigsen habe gemeint, in seinem Kopfe drehe sich die ganze politische Welt unter dem Gesichtspunkt von Freihandel und Schutzzoll. Er sei nie eine Zierde des Freihandels gewesen. Das wären vielmehr Geheimrat Engel, Prof. v. Treitschke, Gneist, Marquardsen, v. Maltzahn-Gültz u. a. (Beifall links.)

Stöcker (kons.) erklärte, dieser Antrag sei kein weiterer Schritt zur Reaktion, sondern nur ein Suchen nach gesunden Grundlagen. Wir dürften nicht nach England blicken, denn das habe eine weit längere Vergangenheit. Wir ständen vor so vielen politischen, konfessionellen und sozialen Streitpunkten, daß die häufige Agitation etwas Gefährliches enthalte. Besonders wer die tiefwühlende Agitation in Berlin kenne, müsse zugeben, daß es die Pflicht einer weisen Staatsleitung sei, hier Wandel zu schaffen. Die Kartellparteien hätten sonst gerade in Berlin von den dreijährigen Wahlperioden Vorteil, sie hätten bei der letzten Reichstagswahl dort bedeutend mehr Stimmen, als die Freisinnigen erhalten. Die politische Bildung des Volkes könne wohl durch den Reichstag, aber nie durch die Wahlagitation gefördert werden. In Berlin sei bei der letzten Wahl förmlich eine politische Brunnenvergiftung eingetreten. Die Freisinnigen bezeichneten damals die Kriegsgerüchte als frivol erfunden, obwohl die Gefahr doch nahe genug war. Solche Agitation untergrabe das Vertrauen zur Regierung. Dagegen müßten die Konservativen auftreten, denn höher als das Parlament, in dem die Leute ihre Meinung von Jahr zu Jahr änderten, stehe die Monarchie, das Fürstentum als ein bleibender Felsen. Er danke hier auch v. Bennigsen, daß er den Aufruf zur Bekämpfung des kirchlichen Notstandes unterstützt habe. Es müsse endlich einmal die Verfilzung der politischen mit den religiösen Fragen aufhören, die Religion müsse allen gemeinsam sein. (Beifall rechts.) — Windthorst hätte gewünscht, daß der Vorredner schon früher so gedacht hätte, wie heute, dann wäre uns der Kulturkampf erspart geblieben. Wenn Stöcker meine, die Leidenschaft der Wahlagitation bringe keine Bildung des Volkes, dann sei dieser Reichstag und seine Mehrheit wahrhaftig nicht der guten Einsicht der Nation zu verdanken. (Heiterkeit.) Die Konsequenz der Worte des Vorredners sei die Beseitigung des Parlamentes überhaupt. Er wünsche, wenn es dahin kommen sollte, nur, daß wir zu den alten Monarchien zurückkehrten, wo väterlich der Monarch regierte und nicht sein Minister. Stöcker habe heute schon gelegentlich angedeutet, er möchte das wahlfähige Alter auf 30 Jahre erhöhen; nun, zum Glück wolle v. Bennigsen das nicht, also werde auch wohl daraus nichts werden. Nach seiner Ansicht würden die langen Legislaturperioden kein anderes Ziel erreichen, als daß sie dem Volke dies Parlament recht unbequem machten. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Das Haus trat dann in die Spezialdiskussion des Antrages ein. § 1 (Verlängerung der Legislaturperiode) gab Hänel (freis.) Anlaß, Stöcker entgegenzutreten. Wenn Stöcker die Heftigkeit des Wahlkampfes in Berlin beklage, so habe seine Partei daran die meiste Schuld. Da möge er vor allen Dingen zu reformieren beginnen. § 1 wurde angenommen und sodann der ganze Antrag definitiv. Nächste Sitzung: Freitag.

Örtliches und Sächsisches.

Frankenberg, 10. Februar 1888.

† Wie uns mitgeteilt wird, ist Herr P. Böttcher jun. in Sachsenburg, nachdem er 2½ Jahre an der dortigen Strafanstalt als Hilfsgeistlicher thätig gewesen, zum Anstaltsgeistlichen an der Landespfleganstalt Hochweitzschen ernannt worden und wird nächsten Sonntag Estomihi, 12. Febr., in der Kirche zu Sachsenburg seine Abschiedspredigt halten.

† Die kgl. Generaldirektion der sächs. Staatseisenbahnen wird vom 1. April d. J. ab in ihrem Bereiche eine vom Publikum sicher mit Dank begrüßte Erleichterung in der Benutzung der Tagesbillets durchführen. Gegenwärtig können die Tagesbillets auf den sächsischen Staatseisenbahnen zur Rückfahrt am dritten Tage nur mit demjenigen Zuge benutzt werden, welcher noch vor Mitternacht das Endziel erreicht. Vom 1. April an kann aber die Rückfahrt mit jedem vor Mitternacht des dritten Tages abgehenden Zuge erfolgen, wenn derselbe oder der an denselben anschließende nächste Zug auch erst am vierten Tage am Ausgangsorte eintrifft. Auf weitere Entfernung wird dies häufig ausgenutzt werden. — Am gleichen Tage werden auf den sächsischen Staatsbahnen Schülerabonnementskarten zur Einführung gelangen. Dieselben sollen ganz bedeutende Preisermäßigung gegenüber den bisherigen Schülerkouponsbüchern zu je 30 Fahrten mit sich bringen, welch letztere von dem oben erwähnten Zeitpunkte ab in Wegfall kommen. Diese Abonnementskarten werden auf 1 bis 12 Monate ausgestellt und bedürfen auch nicht der Photographie des Inhabers, sondern nur der Namensunterschrift desselben. Besondere Ermäßigung wird seitens der Staatsbahnverwaltung dann gewährt, wenn eine Familie mehrere Kinder auf solche Karten nach der Schule fahren läßt.

— Erzherzog Otto von Oesterreich ist gestern, Donnerstag nachts 1 Uhr 25 Min. von Dresden wieder abgereist. — Bei Ihren königl. Majestäten fand gestern nachmittags Familientafel im engeren Kreise statt, an welcher die Prinz Georgsche Familie mit der Erzherzogin Maria Josepha teilnahm.

— Die Einlagen zur königl. Altersrentenbank in Dresden haben während des letzten Jahres zwar im ganzen Lande überhaupt, nicht aber auch im einzelnen in allen seinen Verwaltungsbezirken zugenommen. Erfreulicherweise sind dieselben im Bezirke der Amtshauptmannschaft Flöha von 131 im Jahre 1886 auf 152 im Jahre 1887 gestiegen; die stärkste Zunahme war in der Amtshauptmannschaft Kamenz bemerkbar, in der sie von 86 Stück im Jahre 1886 auf 252 Stück im Jahre 1888 anwuchsen, in einem Jahre also um nahe 200 Proz. zunahmen.

— Um auf billige Weise nach Chemnitz zu kommen, setzte sich am Sonnabend ein armer Teufel auf die Puffer des letzten Wagens eines von Leipzig abfahrenden Personenzuges. Erst zwischen Gaschwitz und Böhlen wurde der verwegene Reisende entdeckt. Der Zug hielt mitten im freien Felde. Der Unbekannte wurde in einen Wagen 4. Klasse verwiesen und auf der nächsten Station ausgesetzt.

— Der Präsident des Oberlandesgerichts zu Dresden, der wirkliche Geheime Rat Dr. v. Weber, ist am Mittwoch in Berlin, woselbst er sich als Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches aufhielt, verschieden.

— Der Gemeinderat in Konnewitz bei Leipzig hat von Einführung einer zwangsweisen Trichinenschau abgesehen und dafür beschlossen, dem Beschauer für jeden Auffindungsfall von Trichinen eine Prämie von 10 M. zu gewährleisten.

— Aus allen Teilen Sachsens kommen Meldungen